



KathaKurier

Volksbefragung:
verfassungswidrig!

Liebe Freundinnen und Freunde,
heute hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof die unverbindliche Volksbefragung der CSU für verfassungswidrig erklärt. Als Klägerin war ich vor Ort und freue mich natürlich über dieses deutliche Signal: das Gericht hat uns in allen Punkten Recht gegeben. Das Urteil bestätigt mich in der Auffassung, dass die Volksbefragung à la CSU nur ein reines Machtinstrument gewesen wäre. Echte Bürgerbeteiligung ist mehr als unverbindliche Meinungsumfrage. Und diese echte Bürgerbeteiligung muss jetzt so schnell wie möglich gestärkt werden – dafür stehen wir Grüne. Für mehr direkte Demokratie in Bayern fordern wir die Senkung der Hürden für Volksbegehren. Und wir wollen, dass den BürgerInnen mehr Themen als bisher zur Abstimmung gestellt werden können.

Herzliche Grüße

Katharina Schulze

Mitentscheiden statt nur gefragt werden

Die CSU hat bei der Einführung der unverbindlichen Bürgerbefragungen ein seltsames Staatsverständnis offenbart. Es war schon eine groteske Anmaßung, dass nur die Regierung zusammen mit der sie tragende Landtagsfraktion solche Befragungen initiieren und nach Gutdünken formulieren können soll. Auf Kosten

der SteuerzahlerInnen. Damit war der Manipulation der Menschen in Bayern Tür und Tor geöffnet. Gut, dass unsere VerfassungsrichterInnen diese Türen heute wieder geschlossen haben!



Toller Erfolg: Katharina Schulze mit Professor Lindner, der die Grünen vor Gericht vertrat

Direkte Demokratie für Bayern - aber richtig

Neue Schritte zu mehr Bürgerbeteiligung haben wir mit einem eigenen Gesetzentwurf in die Debatte eingebracht: Mehr direkte Demokratie tut Bayern gut! Deswegen haben wir einen [Gesetzentwurf](#) geschrieben, der dafür sorgen würde, dass die Bürgerinnen und Bürger sich stärker einmischen können – denn das macht unsere Demokratie stark. Das hat die CSU natürlich abgelehnt.

Die Grünen Forderungen:

- Unterstützungshürden von Volksbegehren sollen von 10 % auf 5 % abgesenkt werden.
- Volksentscheide sollen auch über solche Vorhaben möglich sein, die finanzielle Auswirkungen für den Staatshaushalt haben.
- Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, dass sie Volksbegehren auch per brieflicher Eintragung unterstützen können – also nicht mehr zwingend ins Rathaus laufen müssen, um ihre Unterschrift abzugeben.
- Die Eintragungsfristen für die Unterstützung von Volksbegehren wollen wir von 14 Tagen auf einen Monat verlängern.
- Volksentscheide sollen nicht nur über Gesetze, sondern endlich auch rechtsverbindlich über Sachfragen möglich werden.

Fünf Gründe gegen die CSU-Volksbefragung

Die Volksbefragung in Bayern ist ein Demokratie-Placebo. Wer mehr Beteiligung

der BürgerInnen will, muss es ganz anders machen. Deswegen habe ich gegen das verfassungswidrige CSU-Gesetz geklagt! Warum lehnen die Grünen das ab? Schaut rein:



Lass uns in Kontakt bleiben



www.katharina-schulze.de

Impressum: Katharina Schulze, Maximilianeum, 81627 München; [E-Mail](#). Wenn du den KathaKurier nicht mehr bekommen möchtest einfach [hier abmelden](#).

MailChimp.